

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026

Im Rahmen des Jugendforums der Jugendfeuerwehr Stuttgart, am Sa. 24. Januar 2026 beschäftigten sich die Jugendsprecher der Abteilungen mit der anstehenden Landtagswahl. Zunächst wurde ein Workshop durchgeführt, in dem die Jugendlichen Fragen an die Parteien gesammelt haben.

Diese Fragen wurden an die sechs aussichtsreichsten Parteien versendet, mit der Bitte, diese bis spätestens zum 27.02.2026 zu beantworten.

Anbei findet ihr die gesammelten Antworten, die bis zum Stichtag bei der Jugendfeuerwehr Stuttgart eingegangen sind. Für die Inhalte sind die jeweiligen Parteien verantwortlich, es wurden keine Änderungen vorgenommen. Von der FDP lag bis zum Redaktionsschluss keine Rückmeldung vor.

1. Warum fordert die Politik Pflichten von der Jugend, spricht aber kaum über Pflichten der Politik gegenüber der jungen Generation? Warum soll unsere Generation verpflichtet werden, Probleme zu lösen, die sie nicht verursacht hat? Wie sehen Sie die Diskussion zur Wehrpflicht? Glauben Sie, dass sie tatsächlich zur Sicherung Deutschlands beitragen wird?

Die Antwort von „Die Linke“:



Wir teilen eure Kritik voll und ganz. Die Politik versäumt es oft, ihre Pflichten gegenüber der jungen Generation zu erfüllen. Sei es beim Klimaschutz, bei der Bekämpfung von Kinderarmut oder bei der Schaffung guter Zukunftsperspektiven. Stattdessen wird über Zwangsdienste diskutiert.

Die Linke Baden-Württemberg lehnt die Wiedereinführung der Wehrpflicht und jede Form der Wehrerfassung junger Menschen strikt ab. Wir sind der Meinung, dass junge Menschen selbst entscheiden sollten, wie sie ihr Leben nach der Schule gestalten.

Wir glauben nicht, dass eine Wehrpflicht zur Sicherheit beiträgt. Echte Sicherheit entsteht durch soziale Gerechtigkeit, Diplomatie und eine konsequente Friedenspolitik, nicht durch Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft. Wir fordern stattdessen, dass die Bundeswehr nicht mehr an Schulen für Rekrutierung werben darf („Kein Werben fürs Sterben“).

Statt Zwangsdiensten wollen wir freiwillige Dienste stärken, die gut finanziell ausgestattet sind und fachlich begleitet werden. ♦

Die Antwort der SPD:



Wir Stuttgarter Landtagskandidatinnen der SPD sind uns bewusst, dass ihr als junge Generation angesichts einiger aktueller Probleme zunehmend das Gefühl habt, eine Suppe auslöffeln zu müssen, welche euch von anderen eingebrockt wurde. Da sei zuvorderst der Klimaschutz zu nennen, aber auch die angesprochenen Diskussionen über die Wehrpflicht oder ein höheres Renteneintrittsalter.

Es muss uns zu denken geben, dass junge Menschen die Debatte so empfinden und leider ist das auch nicht unbegründet. Es wird von viel zu vielen Erwachsenen und natürlich auch von Politiker*innen in wichtigen Funktionen zunehmend ein schräges Bild in den Debatten erzeugt. Gleichzeitig erleben wir auch sehr viele Jugendliche, die trotz alldem motiviert sind und sich aktiv für ihre Belange einsetzen.





Die Antwort der AfD:

Warum fordert die Politik Pflichten von der Jugend, spricht aber kaum über Pflichten der Politik gegenüber der jungen Generation?

Die politische Landschaft unterteilt sich in Parteien mit unterschiedlichen Vorstellungen, auch in der Bildungspolitik.

Für die AfD ist Bildungspolitik ein wichtiger Punkt. Der Wohlstand, der in der Vergangenheit in Baden-Württemberg erwirtschaftet wurde, basiert auf gut ausgebildeten Fachkräften, Ingenieuren und Wissenschaftlern. Nur so war es möglich, dass viele Firmen nicht nur im Automobilsektor, Weltmarktführer waren und heute noch sind.

Fördern und fordern ist ein Mittel, um wieder Anschluss an die Mitbewerber im Markt zu finden.

Wenn die AfD in der Regierungsverantwortung ist, sieht sie sich in der Pflicht für die Jugend Voraussetzungen zu schaffen, um einen qualifizierten Abschluss mit Meisterprüfung, bzw. ein Studium mit Abschluss zu erreichen. Die Politik steht in der Verantwortung die Rahmenbedingungen dafür bereitzustellen.

Investitionen in Bildung der Jugend sind die besten Investitionen für eine Zukunft in Wohlstand und Frieden.

Grundsätzlich gilt, es sollte mehr Rechte als Pflichten in einer Demokratie geben.

Warum soll unsere Generation verpflichtet werden, Probleme zu lösen, die sie nicht verursacht hat?

Kein Mensch ist eine Insel. Probleme können gemeinsam gelöst werden, wenn sie auf mehrere Schultern verteilt werden. Kein Mensch, ob jung oder alt sollte sich der Verantwortung für das Gemeinwesen entziehen.

Fortsetzung SPD:

Wir sind uns daher bewusst, welche Verantwortung wir gegenüber euch jungen Menschen haben. Das spiegelt sich auch in unserem Wahlprogramm wider, wo beispielsweise große Schwerpunkte auf Themen wie Bildung, Klimaschutz und bezahlbarem Wohnen liegen. In Sachen Verteidigung setzen wir auf Freiwilligkeit statt auf Zwang.

Wir sind überzeugt, dass ein freiwilliger Wehrdienst, der attraktiv in der Ausbildung, Unterbringung und der Vergütung ausgestaltet ist, genug junge Menschen vom Wehrdienst überzeugt. Angesichts der veränderten Bedrohungslage in Europa brauchen wir jedoch eine starke Bundeswehr. ♦



Die Antwort der CDU:

Die Politik trägt selbstverständlich Verantwortung gegenüber der jungen Generation und arbeitet daran, Chancen, Bildung und Sicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen Jugendliche lernen, Verantwortung zu übernehmen, denn das bereitet auf das Erwachsenenleben vor. Es geht nicht darum, die Last allein auf die junge Generation zu legen, sondern gemeinsam Lösungen für Herausforderungen zu finden, die alle betreffen. Die Diskussion über die Wehrpflicht ist wichtig: Sie kann gesellschaftliche Solidarität stärken und die Verteidigungsfähigkeit fördern, muss aber stets sorgfältig im Hinblick auf die Sicherheit Deutschlands und die individuelle Akzeptanz abgewogen werden. ♦

Fortsetzung AfD:

Haben Menschen in der Vergangenheit Probleme verursacht? Oder ist es vielmehr so, dass durch falsche Weichenstellung, bzw. Entscheidungen der Politik, Probleme entstanden sind?



Fortsetzung Antwort der AfD

So ist die Politik aufgerufen, Verwerfungen im Sinne der Bürger, ob jung oder alt zu lösen. Es ist keine Lösung, Generationen gegeneinander auszuspielen.

Der Staat steht in der Pflicht, geeignete Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit **und** Altersarmut einzuleiten.

Wie sehen Sie die Diskussion zur Wehrpflicht? Glauben Sie, dass sie tatsächlich zur Sicherung Deutschlands beitragen wird?

Dieser Punkt kann im Landtag-BW nicht gelöst werden, da es sich um ein Bundespolitisches Thema handelt. Ich vertrete den Standpunkt, dass die Bundeswehr den Auftrag hat, Deutschland vor Angriffen von außen zu schützen. Deutschland muss verteidigungsfähig, jedoch nicht kriegsfähig sein. Ich bin der Meinung, dass die Demokratie weder am Hindukusch noch in der Ukraine verteidigt werden kann. Jegliche Friedensbemühungen müssen oberste Priorität haben.

Laut Grundgesetz dürfen Wehrpflichtige nicht ohne ihre Zustimmung in den Kriegseinsatz im Ausland geschickt werden. Ich bin mir sicher, dass es eine Änderung des Grundgesetzes, mit dem Ziel Wehrpflichtige in Kriegsgebiete weltweit zu entsenden, mit der AfD nicht geben wird! ♦

Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen



Uns ist es wichtig, dass Jugendliche die Möglichkeit haben, über ihre Zukunft mitzuentcheiden und die Gesellschaft mitzugestalten. Darum haben wir das aktive Wahlalter bei der Landtagswahl auf 16 Jahre abgesenkt. Die Bundesregierung hat es versäumt, junge Menschen in die Ausgestaltung des Wehrdienstes einzubeziehen, obwohl sie von Wehrdienst und Wehrpflicht am meisten betroffen sind. Wir setzen bei der Stärkung von Verteidigung und Resilienz vorrangig auf Freiwilligkeit. Wir wollen Menschen aller Altersgruppen für einen Dienst an unserer Gesellschaft gewinnen – ob bei der Bundeswehr, im Bevölkerungsschutz oder bei den Freiwilligendiensten. ♦



2. Was wollen Sie zukünftig für bessere Schulen in Baden-Württemberg tun? Gibt es Überlegungen, um uns Schüler*innen zukünftig im Schulkontext besser auf das „wahre“ Leben vorzubereiten?

Die Antwort von „Die Linke“:



Unser Ziel ist eine Schule für alle, die niemanden zurücklässt und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Wir wollen den Investitionsstau an Schulen beenden. Dafür fordern wir auf Bundesebene ein Sondervermögen „Bildung“ von 100 Milliarden Euro und auf Landesebene eine Finanzierung, die sich am Sozialindex orientiert, um benachteiligte Regionen stärker zu unterstützen.

Bildung muss wirklich kostenfrei sein. Das bedeutet für uns: kostenloses, gesundes Mittagessen, kostenlose Lernmittel für alle (auch für digitale Geräte wie Tablets) und kostenlose Beförderung zur Schule.

Wir wollen die Medienbildung ab der ersten Klasse in allen Fächern verankern, damit ihr lernen könnt, Fake News zu erkennen und euch gegen Manipulation zu schützen. Zudem setzen wir auf Demokratiebildung und echte Mitbestimmung an den Schulen. Schule soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern kritisches Denken, Kreativität und Teamarbeit fördern.

Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen sowie bessere Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal. ♦

Die Antwort der SPD:



Wie bereits erwähnt, ist Bildung eines der Schwerpunktthemen in unserem Wahlprogramm. Da der Landtag in der Bildungspolitik nicht vom Bund abhängig und Bildung in Baden-Württemberg unsere wichtigste Ressource ist, ist das auch nur konsequent. Zur Vorbereitung auf das „wahre Leben“ wollen wir die berufliche Orientierung an allen Schularten gleichstellen und stärken. Das Schulsystem in Baden-Württemberg wollen wir grundlegend und nachhaltig reformieren. Im Sekundarschulbereich wollen wir ein 2-Säulen-Schulsystem etablieren, d.h. fortan soll es neben dem Gymnasium nur noch eine weitere Schulart geben. So ermöglichen wir längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung. Mehr individuelle Förderung bedeutet gleichzeitig auch die Möglichkeit, den Fokus auf die Stärken und Interessen der Schüler*innen zu legen. Mit der Etablierung einer rhythmisierten Ganztagsbetreuung ermöglichen wir allen Schüler*innen die Vertiefung von Interessen und Entwicklung von Leidenschaften.

Grundsätzlich gilt natürlich: damit Unterricht gut ist, muss er erst einmal stattfinden. Unter der grün-schwarzen Landesregierung gab es in den letzten Jahren immer massivere Unterrichtsausfälle.

www.jugendfeuerwehr-stuttgart.de



Herzlichen Dank an alle, die uns unterstützen!





Die Antwort der AfD:

Wir fordern neben der inhaltlichen auch eine ideologiekritische Überarbeitung des Bildungsplans von 2016. Der Bildungsplan darf nicht zur ideologischen Indoktrination der Schüler eingesetzt werden. Vorrangige Aufgabe der Schulen sollte die Vermittlung von Wissen, Können und selbstständigen Denken sein, um ein eigenständiges Leben als mündiger Bürger zu führen.

Zur Vorbereitung auf das Leben gehört es nicht, dass Schülern keine Noten mehr erteilt werden, oder im Sportunterricht auf das Zählen von Toren verzichtet wird, um Schüler vor Enttäuschungen zu bewahren. Das Leben wird noch viele Enttäuschungen für sie bereithalten. Ich möchte, dass Schüler auf das Leben, mit allen Höhen und Tiefen vorbereitet werden und lernen, damit umzugehen.

Menschen lernen mehr aus Niederlagen als aus Siegen. Niederlagen spornen an besser zu werden. Bei permanenten Siegen besteht die Gefahr der Selbstgefälligkeit. Permanente Unterforderung stumpft ab und macht unzufrieden.

Auf das Leben vorbereiten bedeutet nicht das Auswendiglernen von Texten, auch nicht vorgefertigte Glaubenssätze unkritisch zu übernehmen. Auf das Leben vorzubereiten bedeutet, eigenständiges Denken, unterschiedliche Betrachtungsweisen, Denkansätze und Werte zu vermitteln. Das wird Ihnen auf ihren Lebens- und Berufsweg helfen richtige Entscheidungen zu treffen.

Dafür müssen neue, praxisnahe Konzepte entwickelt und alte Zöpfe, die bis in die Universitäten reichen, abgeschnitten werden. Forschung muss frei von jedweder Ideologie und politischer Einmischung bleiben. Die im Grundgesetz garantierte Redefreiheit muss geschützt werden. ♦

Fortsetzung Antwort der SPD:

Das ist ein Nachteil für die Kinder und Jugendlichen im Land. Wir wollen eine gesetzliche Unterrichtsgarantie für alle Schüler*innen im Land. Dem Lehrkräftemangel wollen wir mit einem Ausbau der Studienplätze, attraktiveren Anreizen und Unterstützungsmaßnahmen wie z.B. dem Einstellen von Verwaltungsassistenzen und IT-Fachkräften begegnen. ♦



Die Antwort der CDU:

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft. Wir setzen uns für moderne Ausstattung, kleinere Klassen, digitale Lernmittel und starke Lehrkräfte ein, damit alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert werden. Schule soll nicht nur auf Prüfungen vorbereiten. Deshalb sollen praxisnahe Angebote wie Berufsorientierung, Finanzkompetenz, Medienbildung und soziales Lernen verstärkt werden. So werdet ihr gut vorbereitet für Beruf, Studium und das Leben in der Gesellschaft. ♦



Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen

Um Schulen in Baden-Württemberg besser zu machen, setzen wir auf ein Bildungssystem, das alle erreicht und niemanden zurücklässt. Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Deshalb wollen wir Schulen als Lern- und Lebensorte stärken – mit multiprofessionellen Teams, verlässlichen Ganztagsangeboten und mehr Zeit für gemeinsames Lernen. Dabei geht es nicht nur um Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch um Zukunftskompetenzen: Kritisches Denken, Teamarbeit, Medienkompetenz, Demokratiebildung und die Fähigkeit, Probleme kreativ zu lösen. Diese Kompetenzen vermitteln wir nicht abstrakt, sondern durch praxisnahes und projektorientiertes Lernen. Damit junge Menschen sicher und selbstständig durchs Leben gehen können, wollen wir beispielsweise die Finanzbildung zu Themen wie Geld, Steuern und Versicherungen ausbauen. ♦



3. Welche Rolle spielt KI und die Digitalisierung aus Ihrer Sicht für die Zukunft?“

Die Antwort von „Die Linke“:

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind zentrale Zukunftsthemen, die wir aber nicht den Konzernen überlassen dürfen. Sie müssen dem Gemeinwohl dienen. Die Veränderungen durch KI und Digitalisierung müssen den Beschäftigten zugutekommen. Das heißt für uns: Kürzere Arbeitszeiten und weniger Arbeitsbelastung statt Leistungsverdichtung oder Jobverlust. Der Einsatz von KI am Arbeitsplatz muss durch Betriebsräte mitbestimmt und kontrolliert werden. Schnelles Internet ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass einkommensschwache Haushalte kostenlos mit Breitband-Internet versorgt werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für den Ausbau digitaler Infrastruktur in öffentlicher Hand ein. Digitale Kompetenzen sind essenziell. Deshalb fordern wir eine bessere digitale Ausstattung der Schulen und Konzepte, die euch befähigen, souverän mit neuen Technologien umzugehen. ♦

Die Linke
LINKE
BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Antwort der SPD:

Wir sind uns sicherlich einig, dass Digitalisierung und KI unsere Zukunft maßgeblich mitbestimmen werden. Die Digitalisierung in Schulen, Behörden und Kommunen müssen wir daher unbedingt vorantreiben. Die Chancen Künstlicher Intelligenz wollen wir, besonders in der Wirtschaft, nutzen. Klar ist aber auch: KI darf kein rechtsfreier Raum sein. Ihr Einsatz muss sich an demokratischen Grundwerten, an Grundrechten und am Prinzip der Transparenz orientieren. KI kann seine Stärken ausspielen, wenn Prozesse skaliert werden können. Besonders bei der Digitalisierung von Verwaltungen mit Bürger*innenkontakt sehen wir deshalb großes Potenzial. ♦

SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Antwort der CDU:

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung sind zentrale Zukunftstechnologien für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Baden-Württemberg soll führender Standort für KI, Hightech und Innovation werden - mit starken Hochschulen, Gründerzentren und einer eigenen KI-Offensive. Gleichzeitig setzen wir auf eine verantwortungsvolle und werteorientierte Nutzung. Auch für Einsatzkräfte bietet Digitalisierung große Chancen – etwa durch bessere Einsatzplanung, Datenanalyse oder moderne Ausbildungsmethoden. ♦

CDU
BADEN-WÜRTTEMBERG

Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung sind Werkzeuge, die unser Leben einfacher und besser machen können. Aber wir müssen aufpassen, dass sie fair, sicher und für alle nützlich sind. Wir wollen, dass Baden-Württemberg seine digitale Zukunft eigenständig und sicher gestaltet, also digital souverän wird und wettbewerbsfähige „KI made in Europe“ hier entstehen kann. Politik muss sicherstellen, dass die digitale Welt unseren gesellschaftlichen Werten entspricht. Deshalb wollen wir mit gezielter Förderung und wertegeleiteten Regeln die Digitalisierung gerecht, nachhaltig und innovativ gestalten. Wir haben Baden-Württemberg zu dem europaweit forschungsstärksten Zentrum für Künstliche Intelligenz gemacht: Im Cyber Valley in Tübingen forschen Wissenschaft und Industrie an innovativen KI-Lösungen. Im Innovationspark IPAI in Heilbronn arbeiten Unternehmen, Start-ups und öffentliche Akteure an KI-basierten Softwareprodukten. Und rund um das Höchstleistungsrechenzentrum der Uni Stuttgart entsteht eine der wenigen europäischen KI-Fabriken namens HammerHAI. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. ♦

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Antwort der AfD:

Die KI wird nicht das Berufsleben verändern. Manche Berufe werden mehr, andere weniger betroffen sein, bzw. davon sogar profitieren. Die KI kann kein Auto reparieren, kein Sterne Menü kochen, oder einen Menschen am offenen Herzen operieren.

Die KI ist kein Taschenrechner, oder Notebook auf dessen Ergebnisse Sie sich bedingungslos verlassen können. KI-Systeme können auch falsche Informationen erzeugen, die nicht ungeprüft übernommen werden sollten. Es besteht die berechtigte Sorge, dass eine übermäßige Abhängigkeit von KI-Tools dazu führt, dass Schüler grundlegende Fähigkeiten, wie kritisches Denken, eigenständige Problemlösung oder das Schreiben eigener Texte verlernen.

Studien deuten auch darauf hin, dass die Nutzung digitaler Medien zu Passivität führen kann, anstatt aktives Lernen zu fördern, was die kognitive Entlastung zur Abhängigkeit macht.

Kritiker befürchten, dass die soziale und emotionale Entwicklung durch die Reduzierung von zwischenmenschlicher Kommunikation beeinträchtigt wird.

Momentan kann niemand abschätzen, wird in der Schule durch KI-Nutzen und oder Schaden überwiegen? Darum ist es wichtig, bleiben Sie kritisch, hinterfragen sie grundsätzlich alles und stärken Sie das Wichtigste, was Sie besitzen: Ihre Fähigkeiten zum Denken und Ihr Gehirn.

Heute können im Internet mit einem Klick Fakten verändert, Geschichte umgeschrieben, bzw. neu gedeutet werden. Deswegen gilt gerade jetzt „lesen bildet“. Lesen Sie wieder Bücher. Bücher können für Ideologen gefährlich sein, weil sie nicht mit einem Mausklick gelöscht werden können. Deswegen wurden in der Vergangenheit oft Bücher verbrannt. Ich empfehle Ihnen zwei Klassiker der Weltliteratur: „1984“ von Georg Orwell und „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley.

In beiden Romanen ist das Individuum nichts wert; Gemeinschaft und staatliche Ordnung stehen an erster Stelle. Die Bevölkerung ist den Mächtigen ausgeliefert. Während in „1984“ Angst, Terror und ständige Überwachung (Big Brother) herrschen, wird in „Schöne neue Welt“ durch genetische Manipulation, Konditionierung und Vergnügungssucht Kontrolle ausgeübt.

Parallelen zur heutigen Zeit sind bestimmt dem Zufall geschuldet.

Bleiben Sie wachsam und kritisch, hinterfragen ist besser als blinder Glauben. ♦



4. Wie wollen Sie bezahlbaren Wohnraum vor allem für junge Menschen schaffen?

Die Antwort von „Die Linke“:



Von zu Hause ausziehen darf kein Luxus sein. Die explodierenden Mieten nehmen jungen Menschen die Freiheit, ihren Ausbildungs- oder Studienort frei zu wählen.

Azubi- und Studierenden-Wohnen: Wir kritisieren scharf, dass die Landesregierung Fördergelder für Azubi-Wohnheime zweckentfremdet hat. Wir fordern eine Aufstockung und Zweckbindung der Mittel, um mehr Wohnheimplätze für Auszubildende und Studierende zu schaffen.

Generell setzen wir uns für einen bundesweiten Mietendeckel ein, um die Mietenexplosion zu stoppen. Wir wollen jährlich 20.000 neue Sozialwohnungen in Baden-Württemberg schaffen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.

Große Wohnungskonzerne (ab 3.000 Wohnungen) wollen wir vergesellschaften, damit Wohnen wieder am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert ist. Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum müssen konsequent bekämpft werden. ♦

Die Antwort der AfD:



Das ist in Stuttgart eine wichtige Frage. Auf Landesebene möchten wir familienfreundlichen Wohnraum fördern. Der Erwerb von Wohneigentum soll Eltern erleichtert werden, indem die Schuldsomme pro Kind vermindert wird.

Ergänzend zu unseren bundespolitischen Forderungen halten wir den Besitz von Wohneigentum für einen elementaren Bestandteil der eigenen Altersvorsorge, aber auch für einen nachhaltigen Umgang mit den eigenen Finanzen, da die meisten ihr Eigentum später den Kindern vererben wollen.

Die Antwort der SPD:



Als Stuttgarter Landtagskandidatinnen der SPD sind wir uns bewusst, dass Wohnen in unserer Landeshauptstadt zunehmend zu einer Belastung wird. Wohnen darf keine Kostenfalle, sondern muss bezahlbar sein! Die Bilanz der CDU-Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen ist verheerend. Was etwa preisgünstige Sozialwohnungen angeht, rangiert Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich im unteren Viertel und liegt weit unter dem Durchschnitt.

Mit der Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft wollen wir den sozialen Wohnungsbau vorantreiben.

Die finanziellen Mittel des Landes für die Wohnbauförderung müssen erhöht werden. Darüber hinaus wollen wir die Mietpreisbremse ausweiten und so dafür sorgen, dass die Mieten nicht weiter in die Höhe getrieben werden.

Wohnungsleerstand wollen wir bekämpfen – das beginnt schon bei den Wohnungen, die dem Land Baden-Württemberg gehören. Allein in Stuttgart stehen 54 landeseigene Wohnungen leer. Dieser Leerstand muss beendet werden.

Speziell für junge Menschen wollen wir den Betrieben Anreize bieten, um Werkwohnungen und Azubiwohnheime zu schaffen. Studierendenwohnheime wollen wir ebenfalls zweckgebunden fördern.

In Stuttgart verlangen die Studierendenwerke im Durchschnitt (387 Euro) mehr für einen Wohnheimplatz, als man mit dem BAföG-Satz für Wohnen maximal (380 Euro) bekommt.



Fortsetzung Antwort der AfD:

Es werden zu wenige Wohnungen gebaut. Das hat unterschiedliche Gründe. Einige Kommunen haben vor Jahren ihren Immobilienbesitz ohne Not verkauft. Manche sehen das heute als Fehler an.

Zu lange Bearbeitungszeiten von Bauanträgen, gestiegene Baupreise, zusätzliche staatliche Anforderungen, welche die Baupreise in die Höhe treiben, sind auch dafür verantwortlich.

Diese Regierung deklariert astronomische Summen als Sondervermögen (Schulden zu Lasten der jungen Generation). Wäre es nicht an der Zeit, den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau neu zu entdecken? Vorsorge für Einkommensschwache Bürger gehört auch zur Vorsorge des Staates.

Hat der Staat ein Interesse daran Wohnraum für alle Bürger bereitzustellen? Diese Frage mag seltsam klingen.

In Deutschland besteht lediglich eine staatliche Verpflichtung, Asylbewerber und Geflüchtete unterzubringen. Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG) und der Pflicht zur menschenwürdigen Unterbringung.

Auch hier hat es sich der Staat einfach gemacht, denn: „Die konkrete Umsetzung dieser Aufgabe liegt primär bei den Kommunen und Bundesländern“. Alle Kommunen sind damit überfordert. Es ist weder die Bereitschaft der Regierung daran etwas zu ändern noch ein Ende der Massenzuwanderung in Sicht. Auch wenn der Asylgrund, zum Beispiel durch Beendigung des Krieges entfallen ist, sieht diese Regierung keinen Anlass dem Grundgesetz diesbezüglich Geltung zu verschaffen.

Gerade gibt es wieder Bestrebungen auf radikale Lösungen zu setzen. Dazu gehören ein Bundesweiter Mietendeckel, Mietobergrenzen und sogar Enteignung von Immobilienkonzernen.

Das ist Planwirtschaft, die gerade auch in anderen Gebieten als Lösung angedacht ist. Wer in der DDR den „realen Sozialismus“ erlebt hat weiß, dass Planwirtschaft und Sozialismus keine Lösungen sind. Die DDR ist auch daran gescheitert.

Gerade wird in Deutschland politisch immer mehr in den Markt eingegriffen. Die soziale Marktwirtschaft war ein deutsches Erfolgsmodell. Diesen Weg sollten wir nicht verlassen.

Die AfD steht für Unterstützung junger Familien, durch günstige Kredite, auch die Abschaffung der Grunderwerbssteuer für das erste Objekt steht in unserem Programm. So können sich auch junge Menschen wieder Eigentum leisten.

Das ist politisch vernünftiger als Immobilienfirmen zu enteignen. ♦

Fortsetzung Antwort der SPD:

Nicht einmal jede*r sechste Studierende bekommt einen Wohnheimplatz der Studierendenwerke in Stuttgart. Über das Bundes-Programm „Junges Wohnen“ stehen dem Land 65 Millionen Euro zur Schaffung von Wohnheimplätzen zur Verfügung. Diese Mittel hat Grün-Schwarz im Jahr 2023 in die allgemeine Wohnraumförderung umgeschichtet und bis heute ist nur circa die Hälfte davon für studentisches Wohnen zurückgeflossen. Hier zeigt sich leider die mangelhafte Wohnbaupolitik der Landesregierung. Das wollen wir ändern. Wir fordern eine Mitfinanzierung des Bundesprogramms „Junges Wohnen“ mit Landesmitteln. Unser Ziel ist es, die Zahl der Wohnheimzimmer bis 2036 zu verdoppeln. Außerdem verlangen wir eine deutliche Erhöhung der Finanzhilfen für Studierendenwerke, die seit 2020 nicht mehr angepasst wurden. ♦





Die Antwort der CDU:

Bezahlbarer Wohnraum entsteht vor allem durch mehr Angebot. Deshalb wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen, Bauvorschriften vereinfachen und seriell sowie modulares Bauen erleichtern. Förderprogramme sollen gezielt junge Familien und Erstkäufer unterstützen. Gleichzeitig setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen, damit schneller gebaut werden kann – auch in Stuttgart. Im Bereich des sozialen Wohnbaus investieren wir im Rekordbereich mit über 700 Mio. Euro im Jahr 2026 und über 1 Milliarde Euro für 2027, um auch so mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Unser Ziel ist: mehr Wohnungen, mehr Tempo und dadurch spürbar sinkende Preise – vor allem für junge Menschen und Familien. ♦



Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen

Jeder Mensch braucht ein sicheres und bezahlbares Zuhause. Doch gerade für junge Menschen ist es aktuell oft schwer, eine passende Wohnung zu finden. Unser Ziel: Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und zu den individuellen Bedürfnissen passt und der dort verfügbar ist, wo das Leben einen hinführt. Mit der Mietpreisbremse schützen wir Mieter*innen vor hohen Mietpreissteigerungen – auch hier bei uns in Stuttgart. Mit der Landeswohnraumförderung haben wir seit 2021 mehr als 18.000 zusätzliche Wohnungen in Baden-Württemberg geschaffen. Diese sind sozial-gebunden, das heißt sie stehen Menschen mit geringem Einkommen vergünstigt zur Verfügung. Im Jahr 2023 wurde die neue Förderlinie „Junges Wohnen“ eingeführt. Ihr Ziel ist es, die Wohnsituation von Studierenden und Auszubildenden durch Wohnheimplätze zu verbessern. Daran wollen wir in den kommenden Jahren noch zielgerichteter weiterarbeiten. ♦

www.jugendfeuerwehr-stuttgart.de



5. Was würden Sie konkret für die Weiterentwicklung der Feuerwehr, speziell auch der Jugendfeuerwehr beitragen?

Die Antwort von „Die Linke“:



Wir wollen nicht, dass die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr von Spenden abhängt. Deshalb fordern wir ein umfassendes Landesförderprogramm. Ehrenamtliche Organisationen wie die Feuerwehr brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung für Personal, Ausrüstung und Infrastruktur.

Die Infrastruktur muss modernisiert werden. Das reicht von der digitalen Ausstattung bis hin zu geschlechtergerechten Umkleiden, was auch für die Attraktivität der Jugendfeuerwehr entscheidend ist. Nichtstaatliche Hilfsorganisationen sollen mit staatlichen gleichgestellt werden, um gleiche Bedingungen für alle Einsatzkräfte zu schaffen.

Die Jugendfeuerwehr ist die Zukunft des Brandschutzes. Um den Nachwuchs zu sichern, müssen wir hier ansetzen:

- Jugendgruppen und soziales Engagement müssen aktiv gefördert werden, um den Nachwuchs langfristig zu sichern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass im Ehrenamt (z. B. in der Jugendfeuerwehr) erworbene Fähigkeiten für Ausbildung oder Studium anerkannt werden.

Wer sich für die Gemeinschaft einsetzt, verdient beste Bedingungen und Absicherung. Niemand soll Urlaub opfern müssen, um Leben zu retten oder sich fortzubilden. Wir fordern einen gesetzlichen Freistellungsanspruch und Lohnfortzahlung nicht nur bei Einsätzen, sondern auch für Ausbildungen.

Antwort der „SPD“:



Durch die Verkürzung der Hilfsfristen werden bei den Rettungsdiensten, Investitionen in neue Rettungswachen nötig, welche mit Hilfe des Landes bewältigt werden müssen. Dies gilt auch für die Feuerwehr. Das Land muss hier besser unterstützen und darf sich nicht nur auf Sondervermögen vom Bund verlassen.

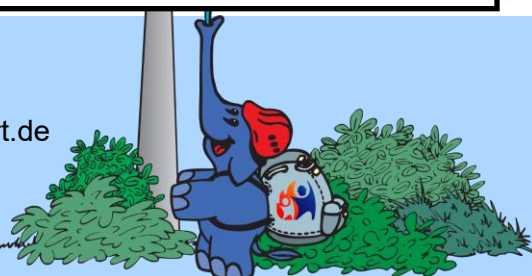
2022 haben die SPD-Landtagsfraktionen gemeinsam mit der Bundespartei in der „Hannoveraner Erklärung“ ein wichtiges Signal zur Unterstützung der Feuerwehr gesendet. Neben Investitionen in Ausstattung und Infrastruktur fordern wir darin beispielsweise auch die Bereitstellung von Mitteln für öffentliche Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung.

Die Antwort der CDU:



Die Feuerwehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil für unsere Sicherheit und die Jugendfeuerwehr ist ihre Zukunft. Wir wollen Ehrenamtliche spürbar entlasten, Bürokratie abbauen und die Ausstattung modern und leistungsfähig halten.

Zur Unterstützung der Feuerwehr haben Investitionen in moderne Fahrzeuge, Ausrüstung, Digitalisierung und Ausbildung für uns Priorität. Zudem setzen wir uns dafür ein, Ehrenamtliche und ehrenamtliches Engagement insgesamt attraktiver zu machen – etwa durch bessere Anerkennung, verlässliche Rahmenbedingungen und Unterstützung bei der Nachwuchsgewinnung. Dies soll auch für die Jugendfeuerwehr gelten. Uns ist wichtig, dass Ehrenamtliche nicht ausgebremst, sondern gestärkt werden.



Fortsetzung Antwort von „Die Linke“:

Arbeitgeber sollen unbürokratisch entschädigt werden, wenn ihnen durch Einsätze finanzielle Nachteile entstehen. Einsatzzeiten im aktiven Dienst der Freiwilligen Feuerwehr sollen als rentenrelevante Leistungen anerkannt werden. Ein landesweiter Versicherungs- und Sicherheitsfonds soll Schutz bei Einsätzen, Übungen und Ausbildungen garantieren – inklusive der Absicherung von Angehörigen im Todesfall.

Wertschätzung und Vergünstigungen Anerkennung darf nicht bei warmen Worten enden. Wir wollen spürbare Vorteile für Engagierte:

- Ehrenamtsbonus und Mobilität: Wir fordern einen Ehrenamtsbonus für Mobilität, Kultur und Bildung. Konkret unterstützen wir Initiativen wie „Freie Fahrt für Freiwillige“, damit Feuerwehrangehörige den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können.
- Bundesweiter Freiwilligenpass: Zusammen mit Bund und Ländern wollen wir einen einheitlichen Ausweis schaffen, der Vergünstigungen und kostenlose Nutzung von Freizeit- und Kultureinrichtungen ermöglicht.
- Aufwandsentschädigung: Wir treten für eine gerechte, einheitliche Aufwandsentschädigung und steuerliche Entlastungen für Ehrenamtliche ein.

Hauptamtliche Unterstützung Ehrenamt braucht Hauptamt, besonders um Verwaltungsaufgaben zu bewältigen und die Freiwilligen zu entlasten. Wir wollen Strukturen ausbauen, die freiwillig Engagierte unterstützen, gerade in ländlichen Räumen. Das Ehrenamt darf nicht durch bürokratische Hürden erdrückt werden, sondern benötigt hauptamtliche Unterstützung im Hintergrund. Wir fordern standardisierte Verfahren und echte Unterstützung im Verwaltungsalltag, damit das Ehrenamt nicht am Papierkram scheitert. ♦

Antwort der AFD:

Wie jedes Ehrenamt, für die Gesellschaft, ist auch die Mitgliedschaft in der Feuerwehr wichtig, zu begrüßen und zu fördern. In der Gemeinschaft der Feuerwehr steht nicht der einzelne, sondern das Team im Mittelpunkt. Teamfähig zu sein, sich selbst in den Dienst des Teams stellen ist nicht nur bei der Feuerwehr, im Sport, oder im Beruf, sondern auch im Leben wichtig. Es heißt nicht umsonst: „Gemeinsam sind wir stark“.

Es sollte für den Staat, bzw. die Kommune selbstverständlich sein, den Mitgliedern der Jugend-Feuerwehr nicht nur ihre Wertschätzung aussprechen, sondern alles Benötigte bereitstellen, die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, damit die Jugendfeuerwehr ihren Auftrag erfüllen kann. ♦



Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen

Das Land fördert die Feuerwehren aktuell mit einem historischen Höchstbetrag von rund 84 Millionen Euro. Davon profitieren auch die Jugendfeuerwehren. Wir stehen voll hinter diesem Engagement und wollen das Feuerwehrwesen weiter stärken. Positiv stimmt uns, dass die Anzahl von Kindern und Jugendlichen in den baden-württembergischen Jugendfeuerwehren in den vergangenen zehn Jahren um 10.000 angestiegen ist. Wir wollen weiterhin für gute Rahmenbedingungen sorgen, die viele Menschen ermutigen, sich freiwillig zu engagieren. Ein konkretes Beispiel ist die Ehrenamtskarte, die wir schrittweise im ganzen Land einführen wollen. Mit einer Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“ wollen wir zudem Lösungen dafür entwickeln, wie wir das Ehrenamt besser in Einklang mit einem fordernden Alltag bringen können. ♦



6. Was sind Ihre Überlegungen, damit die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund besser gelingen kann?

Die Antwort von „Die Linke“:

Wir betrachten die Tatsache, dass über 30 Prozent der Menschen im Land eine Migrationsgeschichte haben, als Bereicherung und setzen uns für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft ein, die auf gleichen Rechten und echter Teilhabe statt auf Abschottung und Bevormundung basiert. Damit Integration gelingt, fordern wir das volle Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben, sowie auf Bundesebene ein Partizipationsgesetz mit einer Quote für die öffentliche Verwaltung, um die gesellschaftliche Vielfalt dort abzubilden und einen Partizipationsrat einzurichten. Zentral für das Ankommen sind der Zugang zu Arbeit und Sprache: Wir wollen kostenlose Sprach- und Integrationskurse für alle unabhängig vom Aufenthaltsstatus, die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Arbeitserlaubnisse ab dem ersten Tag. Zudem müssen wir Diskriminierung strukturell bekämpfen, indem wir bedarfsgerecht finanzierte Antidiskriminierungsstellen in jeder Kommune schaffen, anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Wir wollen Geflüchtete in regulären Wohnungen statt in Massenunterkünften unterbringen, und wollen Einbürgerungen erleichtern, indem die Hinnahme der Mehrstaatigkeit zum Regelfall wird und ein Rechtsanspruch nach fünf Jahren besteht. ♦

Die Linke
Landesverband
Baden-Württemberg

Antwort der SPD:

Wir sind überzeugt, dass Integration in hohem Maße an Bildung und Arbeit geknüpft ist. Hier sehen wir in Baden-Württemberg noch Nachholbedarf. So fordern wir die schnellere und einfachere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Es braucht eine Unterstützung ausländischer Fachkräfte und ihrer Familien bei Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen. Deshalb wollen wir ein Kümmerer-Programm für internationale Fachkräfte erproben.

Nicht Deutsch sprechenden Kindern wollen wir so früh wie möglich den Zugang zu integrativen Angeboten ermöglichen, um ihre Bildungschancen zu gewährleisten. Wir entwickeln Vorbereitungsklassen mit intensivem Sprachunterricht weiter und ermöglichen eine schrittweise flexible Integration in den Regelunterricht. Wir verbessern die Sprachstandserhebung und setzen sie landesweit konsequent um. Herkunftssprachlicher Unterricht wird unter staatlicher Aufsicht organisiert und pädagogisch fundiert ausgestaltet. So fördern wir Mehrsprachigkeit, stärken Identität und verbessern Bildungschancen.

Auch Vereine und Angebote wie die freiwillige Feuerwehr können bei der Integration eine entscheidende Rolle spielen. Mit finanzieller Förderung und bürokratischen Erleichterungen wollen wir Vereine dazu motivieren, gezielt auf Neuankommende zuzugehen. ♦

SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG

www.jugendfeuerwehr-stuttgart.de





Antwort der AfD:

Diese Frage kann ich nicht nachvollziehen. Sie impliziert, dass Integration eine Holschuld wäre. Integration ist in erster Linie eine Bringschuld. Erst recht in Deutschland, das mehr Möglichkeiten zur Integration bietet als die meisten anderen Länder.

Für mich bedeutet es, dass jeder der ein Bleiberecht in Deutschland anstrebt, oder besitzt von sich aus alles tun sollte, um sich zu integrieren. Dazu zählt in erster Linie, sich ernsthaft und nachweislich zu bemühen die deutsche Sprache zu erlernen. Nur die Sprache ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt zur Kommunikation mit Menschen und zur Teilhabe im täglichen Leben.

Wenn sich jemand auf Deutsch verständigen kann, wobei er dafür vom Staat auch Unterstützung bekommt, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten sich zu integrieren und Anschluss zu finden. Sei es in der Schule, in Betrieben, in Sportvereinen oder der Feuerwehr.

Niemand kann gegen seinen Willen zur Integration gezwungen werden, oder andere dafür verantwortlich machen, sollte er/sie sich nicht ausreichend integriert fühlen.

Zum Ankommen gehört auch Sitten und Gebräuche der „neuen Heimat“ zu respektieren und nicht in Frage zu stellen. Wer sich in Deutschland nicht wohl fühlt, sollte nicht versuchen die Gesetze und Gebräuche aus dem Land einzuführen, aus dem er gerade geflüchtet ist. Wer das deutsche Recht mit Füßen tritt, Gewalt als Lösung ansieht, auch wenn es in seinem Heimatland üblich ist, sollte wissen, dass er in Deutschland keine Zukunft hat.

Ein kleines Land wie Deutschland kann nicht die Probleme der ganzen Welt lösen. Auch hier hat das Grundgesetz klare Vorgaben gemacht, die nicht gebeugt oder ausgehebelt werden dürfen. ♦



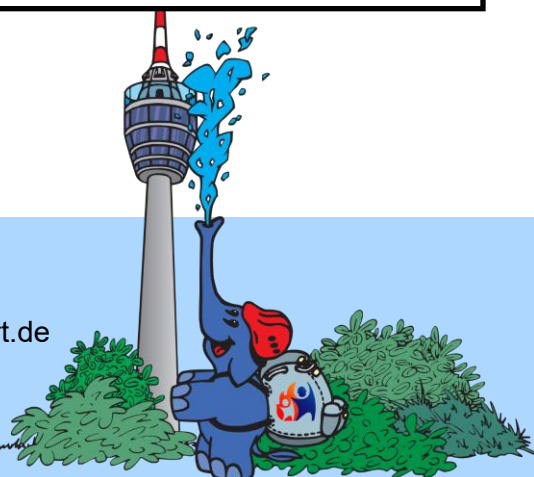
Die Antwort der CDU:

Integration gelingt durch klare Regeln und echte Teilhabe. Für uns gilt: Sprache ist der Schlüssel! Deshalb setzen wir auf verbindliche Sprachförderung von Anfang an durch den Ausbau des Programms „SprachFit“ und einem kostenlosen, aber verpflichtenden letzten KITA-Jahr. Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die entscheidenden Integrationsmotoren. Gleichzeitig erwarten wir die Anerkennung unserer Werte und Rechtsordnung. Wer sich einbringt, unsere Sprache lernt und arbeitet, gehört selbstverständlich dazu. ♦



Die Antwort von Bündnis 90/ Die Grünen

Integration gelingt dort am besten, wo Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Chancen auf Anerkennung und Teilhabe, Bildung und Arbeit haben. Ein zentraler Schlüssel ist die Sprache. Deshalb setzen wir auf frühzeitige, wohnortnahe und passgenaue Sprachförderung – auch in Verbindung mit Ausbildung, Arbeit und Elternarbeit. Integration ist auch Bildungsaufgabe. Schulsozialarbeit, Jugendverbandsarbeit und außerschulische Bildungsangebote stärken demokratische Werte, soziale Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wichtig ist uns außerdem der gleichberechtigte Zugang zu Ausbildung und Arbeit – etwa durch Qualifizierung, Anerkennung von Abschlüssen und gezielte Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben. Vor Ort spielt das vom Land geförderte Integrationsmanagement eine wichtige Rolle, indem es Kommunen, Ehrenamt und Institutionen vernetzt und individuelle Wege in Teilhabe ermöglicht. ♦



7. Mehrere AfD-Politiker werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Warum sollten junge Menschen einer Partei vertrauen, die selbst als Risiko für die Demokratie gilt? (Hinweis: Diese Frage wurde nur an die Vertreter der AfD gesendet)



Antwort der AfD:

Fragen wir uns zuerst, wer ist der Verfassungsschutz und wem ist er unterstellt? Der Verfassungsschutz ist nichts anderes als der „Inlandsgeheimdienst“ der Bundesregierung. Er ist den Bundes- wie Landesinnenministern „weisungsgebunden“.

Die Innenminister sind alle Mitglieder der Parteien, die durch ihre Politik die Probleme verursacht haben, die wir heute beklagen. Diese Parteien haben seit den letzten Wahlen in Umfragen viele Wählerstimmen an die größte Oppositionspartei, die Alternative für Deutschland verloren. Dieser Trend setzt sich gerade fort.

Das bedeutet weniger Abgeordnete in Bundes- und Landesparlamente entsenden zu dürfen. Ergo weniger Einfluss.

Im Grundgesetz ist die Trennung von Exekutive (Behörden, Polizei), Legislative (Bundestag, Bundesrat) und Judikative (Unabhängige Richter) verbindlich festgeschrieben.

Ist diese Unabhängigkeit noch gegeben? Sehen Politiker, die diese Politik seit vielen Jahren zu verantworten haben, den Wählerwillen immer weniger umsetzen ihre einzige Chance die AfD klein zu halten nur noch darin, den Geheimdienst gegen die AfD zu instrumentalisieren?

Ebenso fragwürdig ist, wenn immer mehr Politiker in höchste Gerichte entsandt werden, um dort über Beschwerden der AfD wegen Ausgrenzung und Benachteiligung „unabhängig“ zu richten!

Die Gewaltenteilung sollte der Garant sein, dem Grundgesetz uneingeschränkt Geltung zu verschaffen. Die AfD bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Grundgesetz.

Wir sollten nie vergessen, dass die Väter des Grundgesetzes es geschaffen haben um nach den schrecklichen Erfahrungen im dritten Reich, die Bürger vor Regierungen zu schützen.

Im Grundgesetz verbriefte Rechte wie z.B. Redefreiheit, Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Gewaltentrennung dürfen weder ausgesetzt noch zur Disposition gestellt werden.

Erinnern Sie sich daran, was passierte als die NPD verboten werden sollte? Die Bundesregierung musste einräumen, dass bis zu 15 Prozent der NPD-Vorstandsmitglieder in Bund und Ländern zugleich als Informanten für den Verfassungsschutz, alias Inlandsgeheimdienst, arbeiteten, bzw. eingeschleust wurden!

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/verfassungsschutz-fuehrte-elf-v-leute-in-der-ncp-spitze-a-1033842.html>

Vielleicht stellen Sie demnächst die Frage: Warum sollten junge Menschen dem „Verfassungsschutz“ vertrauen? Mein Vertrauen hatte er, aber das ist lange her. ♦

www.jugendfeuerwehr-stuttgart.de



Wir bedanken uns bei den Kandidierenden für ihre Rückmeldungen.

Die Kandidierenden „Die Linke“ für Stuttgart:

- Mersedeh Ghazaei, Wahlkreis Stuttgart 1
- Faisal Osman, Wahlkreis Stuttgart 2
- Utz Mörbe, Wahlkreis Stuttgart 3
- Luna Monteiro Bailey, Wahlkreis Stuttgart 4



Die Kandidierenden der SPD für Stuttgart:

- Hanna Binder, Wahlkreis Stuttgart 1
- Sara Dahme, Wahlkreis Stuttgart 2
- Laura Streitbürger, Wahlkreis Stuttgart 3
- Katrin Steinhülb-Joos, Wahlkreis Stuttgart 4



Die Kandidierenden der CDU für Stuttgart:

- Teresa Schreiber, Wahlkreis Stuttgart 1
- Dr. Klaus Nopper, Wahlkreis Stuttgart 2
- Shajeevan Thavakkumar, Wahlkreis Stuttgart 3
- Dr. Markus Reiners, Wahlkreis Stuttgart 4



Die Kandidierenden der AfD für Stuttgart:

- Arthur Hammerschmidt, Wahlkreis Stuttgart 1
- Steffen Degler, Wahlkreis Stuttgart 2
- Andreas Mürter, Wahlkreis Stuttgart 3
- Christian Köhler, Wahlkreis Stuttgart 4



Die Kandidierenden „Bündnis 90/ Die Grünen“ für Stuttgart:

- Muhterem Aras, Wahlkreis Stuttgart 1
- Cem Özdemir, Wahlkreis Stuttgart 2
- Oliver Hildenbrand, Wahlkreis Stuttgart 3
- Petra Olschowski, Wahlkreis Stuttgart 4

